

Flammendes Plädoyer für ein geeintes Europa

Viviane Reding zu Gast bei „Mund auf“-Vortrag

Von unserem Mitarbeiter
Ulrich Philipp

Karlsruhe. Die fast tausend Zuhörer im Weinbrennersaal der Stadthalle erhoben sich am Ende von ihren Stühlen und spendeten Viviane Reding begeistert Beifall. Die luxemburgische Abgeordnete des EU-Parlamentes und frühere Vizepräsidentin der EU-Kommission hatte in ihrer Rede über die Zukunft Europas den richtigen Ton getroffen und die Anwesenden in ihrem einhundertstündigen Plädoyer von einem geeinten Europa überzeugt. Eingeladen hatte zu der Veranstaltung die Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe im Rahmen ihrer Vortragsreihe „Mund auf“. Wie auch bei den „Mund auf“-Vorträgen in der Vergangenheit wurde Viviane Reding eine Skulptur des über die Region hinaus bekannten Künstlers Joachim Czichon überreicht.

Reding analysierte zunächst, dass man sich einen US-Präsidenten wie Donald Trump noch vor wenigen Monaten ebenso wenig hätte vorstellen können wie den Austritt der Briten aus der EU oder Äußerungen des türkischen Präsidenten Erdogan, in denen er Angela Merkel mit Hitler vergleicht. „Die Welt spielt verrückt und das ist kein Aprilscherz“, erklärte sie um fortzufahren: „Aber es gibt auch Lichtblicke“. Viele Menschen hätten gefühlt, dass man zu weit gegangen sei und so hätten sich bei den letzten Parlamentswahlen in den Niederlanden die Bürger zusammengeschlossen und den prognostizierten Wahlsieg der euro-

pfeindlichen Rechten verhindert. Bei den Landtagswahlen im Saarland hätte die Vernunft gesiegt und für die pro-europäische Bewegung Pulse-of-Europe gingen in vielen Ländern jede Woche Zehntausende auf die Straßen, um für die EU zu streiten. „Es scheint sich etwas zu tun, das erleichtert“, betonte die Politikerin. Denn schließlich hätte es das noch nie gegeben in der Geschichte der Menschheit, dass Staaten sich aus freiem Willen zu Schicksalsgemeinschaften mit gleichen Werten zusammen-

Viel Beifall für die EU-Politikerin in Karlsruhe

geschlossen hätten. Vereinigungen von Ländern hätte es vorher nur nach Kriegen gegeben. Deshalb sei die EU ein Friedensprojekt, in dem mit großem Erfolg zusammengearbeitet werde und nicht gegeneinander. Ein Viertel der weltweiten Exporte kämen aus den EU-Mitgliedsländern, die gleichzeitig den größten Binnenmarkt der Welt bildeten. Zudem könnten sich die Bürger darin frei bewegen. Und mit Blick auf die USA, in der Präsident Trump permanent die Losung „America First“ beschwört, erklärte Reding stolz, dass 32 Prozent der EU-Bürger ihren Länderparlamenten vertrauten, in den Vereinigten Staaten seien es nur neun Prozent. Auch in Sachen Entwicklungshilfe stehe die EU mit 87 Milliarden Euro im Jahr klar vor den USA, die dafür 31 Milliarden ausgeben. Und die Kriminalitätsrate sei in Europa niedriger, beispielsweise bei Mordfällen. Sie beträgt ein Prozent pro 100 000 Einwohner, in den USA sind es fünfmal so viele. Reding legte dar, dass die momentanen Verant-



ÜBERZEUGENDE REDNERIN: Die luxemburgische Abgeordnete des EU-Parlamentes und frühere Vizepräsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding, sprach am Wochenende bei der Vortragsreihe „Mund auf“ in Karlsruhe. Foto: jodo

wortungsträger in der EU, jetzt für die kommenden Generationen der Regeln des weltweiten Zusammenlebens auszuhandeln müssten. Denn die nächsten Jahrzehnte brächten gravierende Veränderungen. So lebten im Jahr 2030 nur noch fünf Prozent der Weltbevölkerung in Europa und auch der Anteil der EU am Reichtum der Welt werde abnehmen. Daher werde die Gretchenfrage sein: Wollen wir die Regeln setzen, oder werden sie uns auferlegt? Die Souveränität kommender Generationen werde heute festgezurr durch Einflussnahme und nicht durch Abkapseln nach innen, wie

es nationalistische Kräfte in verschiedenen Ländern forderten. Russland fördere auch deshalb rechtspopulistische Parteien in Europa, unter anderem mit Geld, wie sich in Frankreich gezeigt habe. Wegen der befürchteten russischen Einflussnahme bei den niederländischen Parlamentswahlen über das Internet, sei man dort übrigens zu analogen Wahlverfahren zurückgekehrt. Reding erklärte weiter, es dauere Generationen, bis Völker Demokratie lernen könnten. Nur so sei es zu erklären, dass vor allem osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten sich weigerten Flüchtlinge auf-

zunehmen. Polen beispielsweise habe 900 000 Menschen als Arbeitskräfte nach Großbritannien geschickt, aber keine 1 000 Flüchtlinge ins Land gelassen. Nur mit einer gemeinsamen Linie könne man aber genügend Gewicht aufbauen, um in der Welt gehört zu werden. Bis zu dieser Solidaritätsleistung alle Mitgliedsstaaten in der Lage seien, müsse ein kleinerer, innerer Kreis vorleben wie es geht. Diesen Vorschlag habe Wolfgang Schäuble schon 1994 gemacht. „Wie lange wollen wir noch warten, bis wir gute Ideen umsetzen?“ fragte Reding abschließend.



HAT GROSSE PLÄNE: der neue BA-Chef Detlef Scheele. Foto: dpa

Mehr Prävention bei der Jobvermittlung

Dem neuen Chef der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, mangelt es nicht an neuen Ideen

Nürnberg. Er ist der Neue an der Spitze der Bundesagentur für Arbeit – für Detlef Scheele ist der Job allerdings alles andere als neu. Mit seinem Amtsantritt als Vorstandschef der Nürnberger Mammutbehörde veränderte die 60-Jährige eigentlich nur die Perspektive gewechselt. Denn die Bundesbehörde kennt Scheele nicht erst, seit er im Spätsommer 2015 zum Nachfolger von Heinrich Alt in ihren Vorstand berufen wurde. Seit dem Wochenende ist er nun als Nachfolger von Frank-Jürgen Weise auch ihr Chef. Als erfahrener Arbeitsmarktpolitiker arbeitet der Sozialdemokrat mit der Bundesagentur schon seit Jahrzehnten zusammen.

Jahrelang hatte er mit Menschen zu tun, die nur schwer auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß fassten. Erst leitete er in Hamburg ein Zentrum für berufliche Qualifizierung, später die Hamburger Beschäftigungsgesellschaft Hamburg Arbeit, bevor er in der Bundesregierung und später im Hamburger

Senat als Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker Karriere machte. Fachleute sind sich daher einig: der Wechsel von Weise zu Scheele stellt für die Bundesagentur eine Zäsur dar, die die Bundesbehörde verändern wird. Stand Weise – neben den Hartz-IV-Reformen – vor allem für die stärkere unternehmerische Ausrichtung der Bundesagentur, so rückt mit Scheele ein Experte an die Bundesagentur-Spitze, der Arbeitsmarktpolitik in erster Linie als sozialpolitische Aufgabe versteht.

An Ideen, wie man etwa die seit Jahren hohe Langzeitarbeitslosigkeit verringern könnte, fehlt es Scheele daher nicht. Die Vorarbeit dafür hat er bereits in den vergangenen Monaten – noch an der Seite des früheren BA-Chefs Weise – geleistet. Jetzt aber will der frühere Hamburger Arbeits- und Sozialsenator in die Vollen gehen – und vieles von dem

umsetzen, was er nach seiner Einschätzung schon in seiner Heimatstadt umgesetzt hat. Einer seiner Kernpunkte lässt sich mit dem Begriff Prävention auf den Punkt bringen: Scheele will dank einer „lebensbegleitenden Berufsberatung“ erreichen, dass Menschen gar nicht erst arbeitslos werden. Langzeitarbeitslose sollen künftig intensiver betreut werden; viele von ihnen will er mit öffentlich geförderten Jobs zumindest

die Chancen zur befristeten „Teilhabe am Arbeitsleben“ geben. Und auch Arbeitsagenturen werden sich neu aufstellen müssen; sie sollen künftig mehr Lotse als Jobvermittler sein. Viel Zeit hat der 60-jährige BA-Chef für die Umsetzung seiner Pläne allerdings nicht: Anders als vielen seiner Vorgänger bleiben dem Neuen an der BA-Spitze nur wenige Jahre bis zum Erreichen seines Rentenalters. Und dass der Verwal-

tungsrat Scheeles Fünf-Jahresvertrag über die Ruhestandsgrenze hinaus verlängert, gilt nach den Erfahrungen der Vergangenheit als eher unwahrscheinlich. Dass Scheele vor allem auf dem Ticket von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) nach Nürnberg kam, behagt nicht allen im BA-Verwaltungsrat. Manche hätten im drittelparitätisch besetzten Aufsichtsgremium wohl lieber wieder einen unternehmerisch orientierten Behördenlenker à la Weise gehabt statt eines Parteipolitikers vom Format Scheeles. Der bemüht sich derweil dem Eindruck entgegenzutreten, seine Nähe zu Arbeitsministerin Nahles lasse ihn in Konflikten mit Berlin zu wenig Rückgrat zeigen. „Sie müssen sich keine Sorgen machen: ich war noch nie so unabhängig wie zur Zeit“, hebt er hervor. Ministerin und Bundesagenturchef hätten ganz unterschiedliche Aufgaben und Rollen, das habe er gegenüber der Ministerin auch deutlich gemacht. Klaus Tscharnke

Scheele wird von Andrea Nahles gefördert

Chemiewaffen belasten Heide-Idyll

Senfgas und Spuren von Arsen lagern seit den Weltkriegen in Niedersachsen / Die Entsorgung ist eine Mammutaufgabe

Von unserem Mitarbeiter
Peer Körner

Munster. Die zwitschernden Vögel im Kiefernwald lassen sich vom Donnern der Panzergeschütze auf dem Truppenübungsplatz in der Nähe nicht stören. Nur eine kleine Senke verrät, wo einst der Dethlinger Teich war. Längst wachsen Bäume auf der nach dem Zweiten Weltkrieg zugeschütteten Fläche nahe Munster, einer Kleinstadt in der Lüneburger Heide. Eigentlich ist es ganz schön hier an diesem Frühlingsmorgen. Doch Carsten Bubke sagt: „Das könnte eine der größten Altlasten chemischer Kampfstoffe in Deutschland sein.“ Der 50-Jährige ist Umwelttechniker des Heidekreises (Niedersachsen) und Experte für Sprengstoffe. „Wir haben Abbauprodukte von Lost, also Senfgas, gefunden.“ Auch Spuren von Arsen haben die Spezialisten nachgewiesen. „Das ist eine Hinterlassenschaft der Luftwaffenmunitionsanstalt der Wehrmacht in Oerrel“, erklärt Bubke, der die Arbeiten beaufsichtigt. In Oerrel – einem Ortsteil von Munster – seien chemische Waffen produziert, abgefüllt und gelagert worden. Nach der Kapitulation 1945 kamen die Briten in die Lüneburger Heide, die Anlage wurde mitsamt den brisanten Munitionsvorräten kampfflos übergeben. „Die Briten haben die Reste zum großen

Teil abtransportiert, darunter wohl auch Munition aus den besetzten Ländern“, sagt Bubke. „Alles, was sie nicht für transportfähig hielten, landete im Teich.“ Anschließend entsorgte auch der niedersächsische Kampfmittelbeseitigungsdienst dort seine Funde.

Als Anwohner danach fischten, um die wertvollen Metalle zu Geld zu machen, schoben die Behörden 1952 einen Riegel vor. „Man hat den Teich mit Bunkerschrott gesichert – sprich: Man hat ihn zugekippt“, sagt Bubke. In seinem Bauwagen hängt eine Karte, 20 Kreuze markieren die neuen Probebohrungen. Ein Luftbild von 1946 zeigt ein kreisrundes Gewässer von rund 60 Metern Durchmesser. „Unser Hauptproblem ist: Wir wissen nicht genau, was drin ist“, sagt Bubke über die Hinterlassenschaften. „Jetzt geht es nur um die Frage,

ob wir eine Probeöffnung machen können.“ Notfalls muss alles da bleiben, wo es ist. Was auch immer aus der Munition wird – es wird Jahre dauern und viel Geld kosten. Weil für derartige Funde zunächst die jeweils betroffene Kommune zuständig ist, machen sich die Verantwortlichen im Heidekreis Gedanken. Die bisherigen Untersuchungen hat das Land Niedersachsen aus einem allge-

meinen Fördertopf für Altlasten gefördert. Bis 2020 hat das Land dafür im Februar eine Gesamtförderung von bis zu zwei Millionen für die Teichöffnung und die Untersuchungen des Grundwassers zugesichert. „Die ehemaligen Bestände sind nicht dokumentiert“, sagt Friedrich-Wilhelm Otte von der Unteren Wasserbehörde des Kreises. „Nach Informationen aus der Nachkriegszeit gehen wir von mehreren Hundert Tonnen chemischer Kampfstoffmunition aus“, so Otte weiter. „Darunter befinden sich so gefährliche Substanzen wie der Hautkampfstoff Lost und Phosgen, das unter anderem die Lunge zerstört.“ Zunächst sollen bei einer Öffnung des Teiches probeweise rund 80 Kubikmeter entnommen werden. „Wenn eine Gefahr für Leib und Leben nachgewiesen werden kann, muss der Bund als Rechts-

nachfolger des Deutschen Reiches die Kosten tragen“, erklärt Otte. „Wir gehen zur Zeit von Gesamtkosten von bis zu 50 Millionen Euro bei einer Sanierung aus“, warnt er. „Ohne die Hilfe des Bundes ist es nicht zu schaffen.“

Nur wenige Kilometer weiter nördlich gibt es ein weiteres gewaltiges Problem mit militärischen Altlasten. Dort wurden am früheren Gasplatz Breloh – ebenfalls ein Ortsteil von Munster – schon im Ersten Weltkrieg chemische Waffen wie Giftgas produziert. Bei einer Explosion wurden 1919 weite Bereiche verseucht. „Wir haben dort einen massiven Grundwasserschaden, der Schaden wird seit 1999 durch den Bund saniert“, sagt Otte. Am Ort der Katastrophe von 1919 stehen deshalb die Anlagen der Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten. Die bundeseigene Geka ist das derzeit einzige deutsche Unternehmen mit der Berechtigung zur systematischen Vernichtung von Chemiewaffen. Sie reinigt jedes Jahr rund 5 000 Tonnen des kontaminierten Erdbodens und entsorgt auch andere Altlasten aus dem Bundesgebiet, eine Mammutaufgabe. Überall wurde nach dem Krieg verbuddelt und versenkt – auch im Meer. In ganz Deutschland gibt es nach Angaben des Umweltbundesamts auf Basis von Zahlen der Länder rund 260 000 „altlastverdächtige Flächen“.



EIN GEWALTIGER BOHRER legt die Altlasten frei; die Chemiewaffen stammen aus den beiden Weltkriegen. Foto: dpa